

ZUSCHRIFTEN AN DIE REDAKTION

BERLIN NACH DER WIEDERVEREINIGUNG ZUR ARBEITSSITUATION VON KUNSTHISTORIKERN

Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Vereinigung gefeiert. Wie in allen gesellschaftlichen Gruppen gibt es auch für die Kunsthistoriker neue Perspektiven und Aufgaben. Von politischen Grenzen durchtrennte Kulturlandschaften wachsen wieder zusammen, Museumskomplexe im von der Teilung Deutschlands besonders betroffenen Berlin konstituieren sich neu. Forschungsvorhaben, die bisher durch Reglementierungen für die einen erschwert, für die anderen unmöglich gemacht wurden, scheint nichts mehr im Wege zu stehen.

In die Freude über die vor einem Jahr noch ungeahnten Chancen mischt sich in Berlin jedoch unter den Kunsthistorikern die Angst um den Arbeitsplatz und die berufliche Zukunft. Die steigende Arbeitslosigkeit in der ehemaligen DDR ist für die Medien Tagessthema. Neben den Kollegen im Osten fürchten aber auch viele „Westler“ um ihre Existenz — weil es bisher im Westen nur wenige feste Stellen gibt, weil sie daher überwiegend als freie Mitarbeiter tätig sind, weil mit hoher Wahrscheinlichkeit gerade im Kulturbereich die Mittel zuerst gekürzt werden.

Die immensen Schwierigkeiten, die der Einigungsprozeß mit sich bringt, sind in Berlin zur Zeit deutlicher spürbar als an irgendeinem anderen Ort Deutschlands. Während in den einzelnen westdeutschen Ländern der Wissenschaftsbetrieb an den Hochschulen, die Arbeit in der Denkmalpflege und in den Museen von der deutsch-deutschen Entwicklung noch vergleichsweise wenig berührt werden, ist Berlin mit der vierzigjährigen Geschichte der DDR und deren Hauptstadt auf allen Ebenen konfrontiert. Es ist abzusehen, daß bei der ungeheuren Belastung des öffentlichen Haushalts der wiedervereinigten Stadt das kulturelle Leben Schaden nehmen wird.

Eine solche Entwicklung trifft vor allem eine nicht unbeträchtliche Zahl von Kunst- und Kulturhistorikern ohne festen Arbeitsplatz, die bislang in diesem Bereich — wenn auch sozial mangelhaft abgesichert — nicht nur ihr Auskommen finden, sondern auch wesentlich zum Funktionieren der Kultureinrichtungen beitragen. Längst sind es nicht mehr nur die zeitlich begrenzten Projekte und die Aufsehen erregenden Ausstellungen, die von befristet Beschäftigten getragen werden. Die Inventarisierung in der Denkmalpflege, Routineaufgaben der Museen, die Betreuung von Sammlungsbeständen werden selbstverständlich freien Mitarbeitern übertragen, also Werk- und Zeitverträgern, ABM-Kräften und Volontären. Die Erhöhung von Werkvertragsmitteln im jeweiligen Kulturretat war in den letzten Jahren die Reaktion der politisch Verantwortlichen im Westen auf die Forderung nach dringend benötigten Planstellen.

Die freie Mitarbeit bietet für Berufsanfänger die einzige Möglichkeit, den gestiegenen Ansprüchen auf dem Arbeitsmarkt zu genügen: Die erfolgreiche Bewerbung auf eine feste Stelle setzt in aller Regel eine mehrjährige Berufserfahrung voraus. Sollte es zu einer Übernahme aller im Ostteil Berlins im öffentlichen Dienst Beschäftigten kommen, ist damit zu rechnen, daß es auf Jahre hinaus keine neuen Planstellen mehr geben wird und die Mittel für freie Mitarbeiter reduziert werden.

Die Befürchtung, als relativ kleine Berufsgruppe ohne Vertretungsanspruch durch Personalräte bei den großen Zielen der Vereinigung aus dem Blickfeld zu geraten, ließ im vergangenen Frühjahr die „Interessengemeinschaft der Volontäre/Praktikanten, Freien Mitarbeiter und ABM-Kräfte an den Sammlungen/Museen/Archiven und in der Denkmalpflege in Berlin (West)“ entstehen. Im Mai 1990 versandten wir Fragebögen an fünfzig Institutionen (darunter: Landesmuseen Berlin, Einrichtungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Ausstellungseinrichtungen des Landes Berlin, Bezirksmuseen, Akademie der Künste, Landesdenkmalpflegeamt etc.), in denen nach der Zahl der jeweiligen Planstellen und zeitlich begrenzten Anstellungen, Honorarverträgen etc. gefragt wurde. Aus dem Rücklauf von etwas mehr als der Hälfte der Bögen ergab sich, daß ca. 50 % des wissenschaftlichen Personals nur auf Zeit, unter welchen arbeitsrechtlichen Bestimmungen auch immer, angestellt sind, wobei in den Landeseinrichtungen die Zahl der freien die der festen Angestellten mitunter wesentlich übersteigt. Den in ehemals Berlin (West) insgesamt Beschäftigten stehen in vergleichbaren Einrichtungen im Ostteil der Stadt mehr als doppelt so viele festangestellte Mitarbeiter gegenüber. Will man ein sozialverträgliches Personalmodell für das vereinigte Berlin entwickeln, das *allen* Betroffenen eine Chance bietet, muß über eine personelle Ausstattung im Bereich der Museen und Sammlungen, der Archive und der Denkmalpflege nachgedacht werden, die gleichermaßen ausreichend Planstellen wie auch Gelder für freie Mitarbeit sicherstellt.

In dem Maße, wie der Druck auf den kunsthistorischen Arbeitsmarkt in Berlin und in den neuen Bundesländern zunimmt, wird er durch die dann unumgängliche Devise „Go west“ auch in den westlichen Bundesländern spürbar zunehmen. Was sich im Moment für Berlin abzeichnet, könnte in kurzer Zeit auch andernorts eintreten.

Für die Interessengemeinschaft
Christiane Keim

Das Forschungsinstitut für Realienkunde am Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg führt vom 9.—11. Oktober 1991 eine Tagung durch zum Thema

VISUALISIERUNG STÄDTISCHER ORDNUNG
ZEICHEN — ABZEICHEN — HOHEITSZEICHEN

Seit dem 11. Jahrhundert schlossen sich die Stadtbewohner zu Genossenschaften zusammen und schufen sich Leitungsorgane. Das Stadtre Regiment bediente sich differenzierter Funktions- und Amtsträger namentlich im Bereich der Verwaltung und des Gerichts. Charakteristisch für diese neu geschaffenen Ämter ist nicht zuletzt der regelmäßige personelle Wechsel der Amtsinhaber nach festgelegten Zeitabschnitten. Dadurch potenzierte sich die Möglichkeit für den Bürger, unbekanntes Amtsträgern gegenüberzustehen — wie für den Amtsträger, nicht hinreichend bekannt zu sein. Auf der Tagung soll die Frage gestellt werden, welche Konsequenzen diese neue Situation im Bereich der Realien hatte, welche Mißstände zur Festlegung besonderer Zeichen führten, wie diese Regelungen sich bewährten und was gegebenenfalls zu deren Beseitigung führte. Gemäß dem interdisziplinären Charakter der Tagung basieren die Beiträge auf Schriftquellen, bildlichen Zeugnissen sowie Realien.

Behandelt werden Themen aus folgenden Bereichen: Rat und Ratsherren; Gericht; städtische Amtsträger; Kontrolle städtischer Normen: Maße, Gewichte, Münzen; Randgruppen und Minderheiten.

Das Tagungsprogramm ist erhältlich beim *Forschungsinstitut für Realienkunde z. Hd. Dr. Hermann Maué, Germanisches Nationalmuseum, Postfach 9580, 8500 Nürnberg 11. Tel. 09 11/1331-174 oder 1331-0.*

OTTO PÄCHT-STIFTUNG

Prof. Dr. Otto Pächt († 17. 4. 1988) hat einen Großteil seiner zahlreiche Rara enthaltenden wissenschaftlichen Bibliothek, seiner umfangreichen Fotosammlung und seiner Notizen zur Buchmalerei testamentarisch der Wiener „Kunsthistorischen Gesellschaft“ vermacht. Seinem Wunsch entsprechend (und mit Unterstützung des Getty Grant Program) wird dieser Nachlaß derzeit katalogisiert und soll ab 1992 als „Otto Pächt-Stiftung“ allen Kunsthistorikern für Spezialstudien über mittelalterliche Buchmalerei und niederländische Primitive zur Verfügung stehen.

Um den Druckschriftenbestand der Stiftung nicht veralten zu lassen, wäre der laufende Zukauf der wichtigsten Neuerscheinungen angezeigt, wofür allerdings nur sehr bescheidene Mittel zur Verfügung stehen. Der Vorsitzende der Kunsthistorischen Gesellschaft (dzt. Prof. Dr. Gerhard Schmidt) ersucht deshalb alle einschlägig publizierenden Kolleginnen und Kollegen, Sonderdrucke ihrer Aufsätze und — soweit möglich — auch Belegexemplare ihrer Bücher der Otto Pächt-Stiftung geschenkweise zu überlassen. Anschrift: *Otto Pächt-Stiftung, c/o Institut für Kunstgeschichte, Universitätsstraße 7, A-1010 Wien.*

DIE AUTOREN DIESES HEFTES

Dr. Charles Davis, Blütenstr. 21, 8000 München 40.

Hartmut Dorgerloh, Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege, Brüderstr. 13, O-1020 Berlin.

Dr. Günter Passavant, Kunsthistorisches Institut, Via G. Giusti 44, I-50121 Firenze.

Prof. Dr. Hellmut Lorenz, Kunsthistorisches Institut der Freien Universität, Morgensternstr. 2—3, 1000 Berlin 45.

REDAKTIONELLE ANMERKUNGEN

Die Redaktion bittet um rechtzeitige Mitteilung von Ausstellungsterminen. Bei unverlangt eingehenden Rezensionsexemplaren wird keine Gewähr für Rücksendung oder Besprechung übernommen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Peter Diemer, *Redaktionsassistent:* Rosemarie Biedermann, *Anschrift der Redaktion:* Zentralinstitut für Kunstgeschichte, Meiserstraße 10, 8000 München 2.

Herausgeber: Verlag Hans Carl GmbH & Co. KG, Nürnberg · *Geschäftsführer:* Raimund Schmitt GmbH, Nürnberg · *Inhaber und Beteiligungsverhältnisse:* Kommanditisten: Raimund Schmitt, Rückersdorf, zu 26 %, Traudel Schmitt, Rückersdorf, zu 26 %. *Komplementär:* Raimund Schmitt GmbH, Nürnberg · *Erscheinungsweise:* Monatlich · *Bezugspreis:* jährlich DM 44,— zuzüglich Porto und Mehrwertsteuer (beim Ausland entfällt die Mehrwertsteuer). *Kündigungsfrist:* Sechs Wochen zum Jahresende · *Anzeigenpreise:* Preise für Seitenteile nach Preisliste Nr. 14 vom Januar 1991 · *Anschrift der Expedition und der Anzeigenleitung:* Verlag Hans Carl, Postfach 9110, Breite Gasse 58—60, 8500 Nürnberg 1, Fernruf: Nürnberg (09 11) 23 83-20 (Anzeigenleitung) 23 83-29 (Abonnement). *Fernschreiber:* 6 23 081. *Telefax:* (09 11) 20 49 56. — *Bankkonten:* Castell-Bank Nürnberg 04000 200 (BLZ 790 300 01). *Stadtsparkasse Nürnberg* 1 116 003 (BLZ 560 501 01). *Postscheckkonto:* Nürnberg 41 00-857 (BLZ 760 100 85). — *Druck:* Fabi & Reichardt-Druck GmbH, 8510 Fürth.